

## 20. November 2015 bis 8. Dezember 2015

Die **Europäische Zentralbank** hat unter dem Stichpunkt „**Anacredit project**“ einen Entwurf ihrer Pläne für das Sammeln und Auswerten granularer Kredit- und Kreditrisikodaten online gestellt. Zwar sei von Rechts wegen keine öffentliche Konsultation nötig, doch aufgrund des großen öffentlichen Interesses würde der Draft publiziert. Stellungnahmen dazu können noch bis zum 29. Januar 2016 bei der EZB eingereicht werden (siehe auch Themenschwerpunkt in der ZfgK 22-2015).

Das Verhandlungsteam des **Europäischen Parlamentes** zum Thema **MiFID II** hat gegenüber der **EU-Kommission** zugestimmt, dass die Finanzmarkttrichtlinie ein Jahr später als ursprünglich vorgesehen in Kraft treten wird. Das bedeutet eine Verschiebung von Januar 2017 auf Januar 2018. Der Berichterstatter zu diesem Thema, Markus Ferber, hat jedoch angemahnt, dass die Kommission und die zuständige Aufsichtsbehörde ESMA einen konkreten Zeitplan für die Implementierung vorlegen.

Ende November hat die **Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA)** die Ergebnisse der **Transparency Exercise 2015** für 105 Institute aus 21 Ländern veröffentlicht. Darunter sind auch 20 deutsche Bankengruppen. Der Kreis der bei der Übung berücksichtigten deutschen Institute umfasst alle direkt von der EZB beaufsichtigten Bankengruppen. Die Publikation der EBA beinhaltet Informationen zu Kapitalausstattung der Kreditinstitute, deren risikogewichteten Aktiva, den Kredit- und Marktrisiken sowie den Staatenpositionen und Verschuldungsquoten an den Stichtagen 31. Dezember 2014 und 30. Juni 2015. Erstmals veröffentlicht die EBA dabei auch Kennzahlen zur Kreditqualität, zu notleidenden Risikopositionen und Stundungsmaßnahmen. Der Großteil der Datenpunkte wurde direkt dem harmonisierten europäischen Meldewesen (COREP und FINREP) entnommen. Einen Tag nach der Publikation der Ergebnisse wurde ein Teil davon wieder zurückgenommen: Die Berechnung der Kapitalquote CET 1 nach voller Umsetzung von Basel III (fully loaded) enthielt bei einigen teilnehmenden Banken Fehler, daraufhin zog die Behörde die errechnete Kennzahl für alle Banken zurück.

Das Verwaltungsmandat der **Aberdeen Asset Management Deutschland AG** für den offenen Immobilienfonds **Degi German Business** ist am 20. November 2015

ausgelaufen. Am 21. November 2015 hat die Depotbank des Fonds, die **Commerzbank AG**, gemäß Investmentgesetz die Verwaltung des Fonds übernommen. Aberdeen hat seit Bekanntgabe der Kündigung des Verwaltungsmandates für den Degi German Business 15 Immobilien für insgesamt 268 Millionen Euro veräußert. Derzeit hält der Fonds noch zwei Immobilien in Hamburg und Winsen, das Fondsvermögen umfasst noch rund 40 Millionen Euro.

Die **Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)** hat sich mit 30 Prozent an der **Raiffeisen Bank Aval JSC (RBA)**, einer Universalbank in der Ukraine und Tochterbank der österreichischen **Raiffeisen Bank International AG (RBI)**, beteiligt. Die RBA schreibt angesichts der Abwertung der ukrainischen Währung und der wirtschaftlichen Krise in dem Land Verluste. Ursprünglich war von der RBI ein kompletter Verkauf der RBA angedacht gewesen, der sich jedoch derzeit schwierig gestaltet. Die Transaktion mit der EBRD beinhaltet deren Teilnahme an der Kapitalerhöhung der Raiffeisen Bank Aval im Ausmaß von etwa 122 Millionen Euro, die das Kernkapital (Tier-1-Kapital) der RBA erhöhen wird. Der von der RBI gehaltene Anteil an der Raiffeisen Bank Aval wird von 96,2 Prozent auf zirka 67 Prozent sinken.

Das **Euro Retail Payments Board (ERP)**, eine Gruppe unter dem Vorsitz der Europäischen Zentralbank, der Verbände aus dem Bereich Zahlungsverkehrs-Dienstleister und -Nutzer angeschlossen sind, hat den **Europäischen Zahlungsverkehrsrat (European Payments Council)** – ein Gremium, das die Zahlungsdienstleister in Europa vertritt – aufgefordert, bis November 2016 ein Regelwerk für auf Euro lautende Echtzeitzahlungen zu entwickeln und dieses bis November 2017 einzuführen. Das Regelwerk soll auf Sepa-Überweisungen basieren und allen Zahlungsdienstleistern in Europa zur Verfügung stehen.

Die italienische Regierung hat Ende November einen **Rettungsplan** für vier **italienische Sparkassen**, die Banca Marche,

die Banca Popolare dell'Ertruria und die Sparkassen von Ferrara und Chieti, erstellt. Diese stehen seit mehreren Jahren unter Sonderverwaltung. Für die vier Banken soll eine gemeinsame **Bad Bank** installiert werden, in die notleidende Kredite mit einem Volumen von etwa 8,5 Milliarden Euro ausgelagert werden. Für die Maßnahme soll ein Betrag von 3,6 Milliarden Euro aus dem Bankenrettungsfonds der italienischen Finanzbranche entnommen werden. Dieser wird von 200 Kreditinstituten des südeuropäischen Landes befüllt. Im kommenden Jahr sollen die vier verbleibenden Good Banks zum Verkauf angeboten werden.

Das in Luxemburg ansässige Führungsgremium des **europäischen Rettungsfonds ESM** hat beschlossen, 2,72 Milliarden Euro auszugeben, um die griechische **Piraeus Bank** zu rekapitalisieren. Die National Bank of Greece (NBG) wird mit 2,71 Milliarden Euro rekapitalisiert. Beide Beträge werden aus einem mit 10 Milliarden Euro gefüllten Topf entnommen, der beim ESM für den griechischen Bankensektor reserviert wurde. Die EU-Kommission hat den Kapitalisierungsmaßnahmen in beiden Fällen auf der Grundlage von überarbeiteten Umstrukturierungsplänen zugestimmt.

Die **Helaba Landesbank Hessen-Thüringen** ist seit November an die Fördermittelplattform „Bankdurchleitung Online 2.0“ (BDO) der **KfW** angebunden. Mit der Implementierung der KfW-Sofortzusage in ihr Anwendungssystem ‚FGCenter‘ will die Helaba für ihre Sparkassen in Hessen und Thüringen eine weitere technische und vertriebliche Verbesserung ihres Förderkreditgeschäftes schaffen. Seitens der KfW werden die elektronisch übermittelten Anträge automatisch geprüft. Das Prüfverfahren wird auf wenige Minuten verkürzt.

Die luxemburgische **Banque J. Safra Sarasin (Luxembourg) S.A.** erwirbt die Private-Banking-Aktivitäten der **Bank Leumi Luxembourg**. Die Übernahme bezieht sich auf Kunden und deren Berater in den Segmenten der vermögenden bis sehr vermögenden Personen. Die luxemburgische Tochter der Schweizer Holding J. Safra Sarasin mit Sitz in Basel ist seit 1985 auf dem luxemburgischen Markt aktiv. Die Transaktion soll nach den notwendigen Genehmigungen durch die Behörden im ersten Quartal 2016 abgeschlossen werden.